

so!

Informationen der SP Wädenswil

Sozialdemokratische Partei Wädenswil, Postfach 552, 8820 Wädenswil

PC: 80-43003-3, so!

Nr.3/06, erscheint 3 bis 4 mal jährlich, Auflage: 8100

Preis: Abonnement Fr. 12.-, Unterstützungs-Abonnement Fr. 25.-

Druck: Arbeitszentrum am See, Wädenswil

Redaktion: Ingeborg Budde, Beatrice Gmür-Anderes,

Hanna Landolt, Erwin Wachter

so@spwaedenswil.ch, <http://www.spwaedenswil.ch>

Integration beginnt beim Kinderspiel



Wir wollen nicht behaupten, dass Integration ein Kinderspiel ist. Aber wenn Kinder unterschiedlichster Nationen miteinander spielen, ist der erste Schritt für die Integration bereits getan. Dies zeigen die Erfahrungen des Elternrats Eidmatt mit drei Integrationsprojekten.

Die Bevölkerung im Zentrum von Wädenswil ist sehr durchmischt. In den Eidmatt-Schulhäusern gehen viele Kinder zur Schule oder in den Kindergarten, die zu Hause eine fremde Sprache sprechen. Das ist oft eine Herausforderung für diese Kinder, aber auch für deren Eltern und die anderen Kinder.

Als im Januar 2004 der Elternrat der Schuleinheit Eidmatt gegründet wurde, war denn auch das Thema «Integration Fremdsprachiger» eines der Hauptanliegen der Eltern wie der Lehrerschaft. Es wurde eine Projektgruppe «Integration» gegründet, in der immer fünf bis sieben Personen engagiert mitmachten.

Als im Januar 2004 der Elternrat der Schuleinheit Eidmatt gegründet wurde, war denn auch das Thema «Integration Fremdsprachiger» eines der Hauptanliegen der Eltern wie der Lehrerschaft. Es wurde eine Projektgruppe «Integration» gegründet, in der immer fünf bis sieben Personen engagiert mitmachten.

Das Familientandem bringt Familien zusammen

Die Projektgruppe entwickelte gleich an der ersten Sitzung die Idee des Familientandems: Eine zugewanderte und eine einheimische Familie bilden zusammen ein Tandem. Die Familien pflegen regelmässig Kontakt. Die Einheimischen helfen den Zugewanderten bei schulischen oder auch mal anderen Belangen. Es soll ein gegenseitiges Verständnis und Vertrauen aufgebaut werden. Letztlich sollen auch die schulischen Leistungen der fremdsprachigen Kinder verbessert werden.

Es konnten in verschiedenen Klassen einige solche Familientandems gebildet werden, es zeigte sich aber, dass die Einstiegsschwelle sehr hoch war. Als aussenstehende Freiwillige war es für die ElternrätInnen auch schwierig, an die Familien heranzukommen.

Spontanes Zusammenkommen an den Spielabenden

So kam man auf die Idee, zusätzlich etwas viel Niederschwelligeres anzubieten: Internationale Spielabende. Diese waren auf Anhieb ein Riesenerfolg. Zwischen gut 50 und über 70 Kinder und Eltern nahmen an den drei bisher durchgeführten Abenden teil. Alle nahmen Spiele mit, seien dies internationale oder solche aus dem Heimatland. Besonders erfreulich: Der Anteil der ausländischen Kinder und Eltern war mit über einem Drittel sehr hoch.

Kinder besuchen sich im Seitenwechsel gegenseitig

Um das Familientandem auf eine breitere Basis zu stellen, suchte die Projektgruppe die Beratung bei der kantonalen Fachstelle für Integration. Dies lohnte sich in zweifacher Hinsicht: Die Berater wiesen die Elterngruppe darauf hin, dass in Dietikon in einem Schulhaus das höchst interessante Projekt «Seitenwechsel» lief und dass man für Projekte wie das Familientandem Geld beim Kanton oder Bund beantragen kann.

Beim Seitenwechsel geht es darum, dass sich SchülerInnen während einer Woche gegenseitig zum Mittagessen und am Nachmittag sowie teilweise zum Nachtsessen besuchen – natürlich möglichst ausländische und einheimische. Eine Wädenswiler Delegation schaute sich den Seitenwechsel in Dietikon an. Die Projektgruppe kam zum

Fortsetzung Seite 4



Spielen verbindet

Foto zVg.

Aufbruch in den Frieden



So!-Redaktorin Beatrice Gmür befragte drei Asylbewerber in der Au über ihre Herkunft, ihr Asylverfahren und ihre aktuelle Situation.

Im Gespräch dabei war auch Mirjam Wyler, Asylbetreuerin.

Bea: Woher kommt ihr und wie seid ihr in die Schweiz gelangt?

José: Ich heisse José Machado und das ist meine Frau Maria. Wir sind 2004 mit unseren drei Kindern aus Angola in die Schweiz gekommen. Wir haben in Angola alles verkauft, um die Schlepper zu bezahlen. Sie brachten uns über Portugal in die Schweiz.

Moses: Ich bin Moses Mpenze und stamme aus Tanzania. Auch ich bin 2004 in die Schweiz gekommen. Meine Freunde haben mich auf ein Schiff gebracht; in der Nacht mussten wir auf den Zug umsteigen, dann war ich in Chiasso.

Bea: War die Schweiz von Anfang an das Reiseziel?

Moses: Eigentlich wollte ich nach London. Ich hatte grosse politische Probleme in Tanzania, darum verhalfen mir meine Freunde zur Flucht. Aber ich wusste nicht, wohin ich gebracht werden würde. In der Schweiz kannte ich niemanden.

José: Wir hatten einen Freund in der Schweiz, der uns erzählte, dass hier Frieden sei. Also wollten wir in die Schweiz oder in ein anderes neutrales Land. In Angola haben wir Schreckliches erlebt. Es gibt Kämpfe zwischen den Stämmen im Norden und im Süden. Maria stammt aus dem Süden. Alle ihre Verwandten sind dem Krieg zum Opfer gefallen. Ich bin aus dem Norden, gehöre zu einer ethnischen Minderheit. Und als ethnisch gemischte Familie war es noch schwieriger. Ich war auch im Militär. Darum wollten wir unbedingt in ein Land, wo es Frieden gibt.

Bea: Wie ist euer Asylverfahren gelaufen?

José: Wir kamen zuerst nach Basel, dann nach Chiasso. Von dort wurden wir dem Kanton Zürich zugeteilt. Zuerst muss man sechs Monate im Durchgangszentrum verbringen. Wir waren in Adliswil. Das war eine schlimme Zeit.

Moses: Die Kriminalität ist sehr hoch. Die Leute leben gemischt auf engem Raum. Drogen und Gewalt gehören zum Alltag. Als alleinstehende Person kann man sich da raus halten, für sich bleiben. Dann ist es nicht so schlimm. Aber mit Kindern...

José: Ja, die Kinder wollen sich bewegen, sind neugierig. Das ist gefährlich. Aber wir konnten die Kinder ja nicht einschliessen. Wir hatten ständig Angst um sie. Schliesslich kamen wir nach Wädenswil.

Mirjam: Für die Familien ist es am härtesten. Um die Integration zu fördern, müssen zwar alle Kurse besuchen, aber die Kinder werden immer wieder herausgerissen und verpflanzt. Sie kommen an einen Ort, gewöhnen sich ein und werden dann nach sechs Monaten wieder an einen anderen Ort gebracht, wo sie sich wieder von Neuem einleben müssen. Das ist der Integration nicht dienlich. Es wäre für alle besser, wenn die Asylbewerber direkt in die Gemeinden verteilt würden.

Bea: Wie ist jetzt euer Status?

José: Wir sind vorläufig aufgenommen (F) und erhalten Sozialhilfe. Die F-Bewilligung muss man jedes Jahr neu beantragen.

Mirjam: Asylbewerber aus Angola, Somalia, Sudan und die Roma aus Kosovo erhalten ein kollektives F. Wenn sie keine Papiere vorweisen können, wird ihre Zugehörigkeit mit einem Sprachtest festgestellt. Mit dem neuen Asylgesetz werden Papiere verlangt. Für uns, die im Asylwesen arbeiten, ist es besser, wenn wir die Identität unserer Partner kennen. Aber das neue Asylgesetz lässt den Asylbewerbern nur gerade drei Tage Zeit, um Papiere zu beschaffen. Das ist viel zu kurz!

José: Wir hatten Papiere dabei, Geburtsurkunden, Ausbildungendiplome. Das hat sich im Asylverfahren positiv ausgewirkt. Jetzt haben wir ein individuelles F. Aber damit können wir die Schweiz nicht verlassen. Ich habe viele Verwandte in England, die wir gerne besuchen möchten. Das können wir erst, wenn wir einen Ausweis B erhalten. Dazu müssen wir aber ein Jahr von der Fürsorge unabhängig sein. Das ist mit einer fünfköpfigen Familie sehr schwierig. Die Löhne sind tief und es ist schwer Arbeit zu finden.

Bea: Habt ihr Arbeit?

Moses: Ich bin bei «Züri rollt» (Beschäftigungsprogramm: Verleih von Fahrrädern etc), engagiere mich sehr. Aber trotz der Sozialhilfe reicht es nicht weit. Mein Asylgesuch wurde abgewiesen; warum weiss ich nicht. Nun möchte ich es gern in England versuchen. Viele wollen nach England, weil es dort leichter ist, Arbeit zu finden. Dafür wird man schlecht bezahlt: vier bis acht Pfund pro Stunde.

Mirjam: Abgewiesene Asylbewerber wie Moses erhalten Sozialhilfe. Mit dem neuen



Moses, Maria, José und Sohn

Asylgesetz hätte er nur noch Anrecht auf Nothilfe. Das reicht nicht zum Leben. Vor allem trifft es jene hart, die ehrlich bleiben, die weder schwarz arbeiten noch delinquent werden wollen.

José: Ich habe zur Zeit keine Arbeit. Ich war im Beschäftigungsprogramm in Oerlikon. Jetzt möchte ich eine Ausbildung für die Küche machen. Ich hoffe, dass ich den Platz bekomme. Ich arbeite gern, aber wenn man einen Ausweis F hat, denken die Arbeitgeber, dass man nicht lange bleibt, was ja gar nicht stimmt. Ich spreche viele Sprachen: Portugiesisch, Französisch, Englisch, Russisch, Deutsch. Maria spricht auch gut Deutsch und die beiden grösseren Kinder gehen hier zur Schule, sind gut integriert. Ich bin Optimist! Wir werden es schaffen.

Beatrice Gmür, Redaktion so!

Integration als soziale Sprengkraft



Die SP Schweiz macht eine konstruktive und solidarische AusländerInnen-Politik zu einem ihrer Kernthemen. Es ist Aufgabe der Schweizer Gesellschaft und der Behörden, Chancengleichheit zu schaffen und auf die Menschen zuzugehen. Was dann die Menschen aus ihren Chancen machen, ist ihre eigene Sache.



Foto: Beatrice Gmür

Der Regierungsrat schuf per 1. Juli 2003 die Stelle der «Kantonalen Beauftragten für Integrationsfragen». Zu den Aufgaben dieser Stelle zählen u.a. Projektberatung und finanzielle Unterstützung von Integrationsprojekten im Kanton, welche Menschen ansprechen sollen, die aufgrund eines gemeinsamen thematischen Interesses und nicht aufgrund ihrer Herkunft zusammengeführt werden sollen. Einige Schwerpunkte: Förderung des Spracher-

werbs und der Begegnung zwischen Menschen. Konsolidierung der bestehenden «Antennen» des Kantons Zürich (Fachstellen für Integrationsfragen in den Bezirken).

Bis zum Frühjahr 2005 wurden 117 Projektgesuche eingereicht. Rund zwei Drittel lassen sich den Schwerpunkten «Begegnungen fördern» und «Spracherwerb» zuordnen. Bereits mit der Projektförderung lassen sich erste Ziele erreichen und Anreize für Aktivitäten schaffen. Zum Beispiel: Begleitung von Vereinen, die vermehrt MigrantInnen ansprechen wollen.

In Dietikon wurde das Alters- und Gesundheitszentrum von MigrantInnen und SchweizerInnen gemeinsam besucht. In einem Quartier mit hohem Anteil an AusländerInnen wird eine Kindertheatergruppe gegründet. In Uster entstand ein Schreibdienst, wo ausländische und schweizerische Personen beim Schriftverkehr mit den Behörden unterstützt werden. Eine zentrale Frage der Projektberatung ist indes, wie Projekte «Menschen fremder Herkunft» auch mit anderen Formen der Informationsvermittlung erreicht werden können.

Antenne Horgen

Die Antenne Bezirk Horgen startete im April 2005 und wird mit einem Pensum von 50 Stellenprozenten geführt. Eine Liste

aller Deutschkurseangebote im Bezirk wird alle 3 Monate aktualisiert und ist zugänglich auf der Homepage www.integration.zh.ch. Ein anderes Projekt, «die rundenTische» stellte sich als eine sehr produktive Austauschform heraus, bei der Leute aus den Bereichen Soziales, Asyl, Spitex, Jugendarbeit, Nachbarshilfe, Schule und Kirche zusammen kommen.

Knappes Angebot in Wädenswil

Laut Einwohneramt Wädenswil wohnten Ende 2005 rund 3800 AusländerInnen hier. Ausser Deutschkursen für Erwachsene und Kinder gibt es keine speziellen Angebote für AusländerInnen. Allerdings sind durch Initiative des Elternrats Eidmatt verschiedene Projekte angelaufen (s. Text von H.J. Schmid)

Was ist zu tun?

Die SP fordert, dass Integration nicht delegiert sondern durch gleichberechtigten Zugang zu wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ressourcen gefördert wird. Das Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen auf kommunaler Ebene, welches der Regierungsrat einführen will, könnte ein weiterer Schritt zur Integration sein.

Ingeborg Budde, Redaktion so!

Langer Weg zum Roten Pass



126 AusländerInnen wurden in Wädenswil im Jahr 2005 im ordentlichen Verfahren Schweizerin oder Schweizer. Bis es soweit ist, braucht es Einiges. Auch Zeit und Geld.

Was genau macht den guten Schweizer, die gute Schweizerin aus? Ist der Garten in Ordnung, die Wohnung geputzt, die Hausordnung befolgt? So einfach ist es nicht! Laut Bundesgesetz müssen EinbürgerungskandidatInnen 12 Jahre in der Schweiz wohnen. Sie müssen geeignet, also integriert sein und die schweizerische Rechtsordnung

beachten: Deutschkenntnisse, staatsbürgerliches Wissen und ein vertrautsein mit den schweizerischen Lebensgewohnheiten. Auch dürfen sie die innere und äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährden. Die Person muss fähig sein, sich und ihre Familie selber wirtschaftlich zu erhalten, also keine Sozialhilfe beziehen. Sie braucht einen unbescholtenen Ruf, d.h. es darf weder ein Strafverfahren am Laufen noch ein bedeutender Eintrag im Strafregister und im Betreibungsregister vorhanden sein.

Zentraler Bestandteil im ganzen Verfahren bildet das Einbürgerungsgespräch, welches im Stadthaus stattfindet. Daran teil nehmen die Kandidatin / der Kandidat sowie drei Mitglieder der Bürgerrechtskommission

und eine Stadtratsvertretung. Am Gespräch werden die EinbürgerungskandidatInnen kennengelernt und geprüft, ob ihre Deutschkenntnisse genügen und ob sie in der Schweiz kulturell und sozial integriert sind. Auch werden Fragen zu Motivation, SchweizerIn zu werden, wie auch geographische, geschichtliche und politische Fragen gestellt.

Zur Zeit wird schweizweit diskutiert, eine Integration in die Gesellschaft mit standardisierten Tests zu prüfen. Dies kann jedoch kaum der richtige Weg sein, denn dies schliesst eine individuelle Beurteilung der Kandidatin / des Kandidaten weitgehend aus, weil Alter, Bildung und Herkunft der KandidatIn richtigerweise im Einbürge-

Ja zu sicheren Renten



Die AHV ist finanziell gesund. Letztes Jahr hat sie sogar einen grossen Gewinn erzielt. Trotzdem braucht die AHV nachhaltig wiederkehrende Mehreinnahmen, denn die Zahl der Rentnerinnen und Rentner steigt seit Jahren und dieser Trend verstärkt sich, wenn die geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter kommen. Darum schlägt das Volksbegehren die Änderung des in der Bundesverfassung verankerten Verteilschlüssels für Nationalbankgewinne vor. Heute gehen diese Gewinne zu zwei Dritteln an die Kantone und zu einem Drittel an den Bund. Neu soll eine Milliarde Franken an die Kantone gehen und der allfällige Rest an den AHV-Ausgleichsfonds. Mit diesem weitsichtigen Vorschlag kann die AHV nachhaltig gestärkt werden: Die Nationalbank macht im langjährigen Durchschnitt über drei Milliarden Gewinn. Zudem verfügt sie über eine Ausschüttungsreserve, die Ende 2005 mit 16,5 Milliarden geäuft ist. So kann die AHV bis 2015 gesichert werden, ohne dass die breite Bevölkerung durch eine Erhöhung der Mehrwert-

steuer oder die Erwerbstätigen durch weitere Lohnprozente belastet werden müssen. Der neue Verteilschlüssel bedeutet nicht, dass die Notenbank zur «Magd der Sozialpolitik» wird (NZZ vom 19.8.06) und unter Druck kommt bei ihren Bemühungen, den Schweizer Franken stabil zu halten. Der AHV-Fonds wird im Unterschied zu den Kantonen nicht im Bankrat vertreten sein. Daher wird die AHV keinen Druck ausüben können. Das soll auch so bleiben.

Trotzdem malen die Gegner der Initiative den Teufel an die Wand und zelebrieren den wirtschaftlichen Untergang der Schweiz. Die Finanzwelt werde das Vertrauen in unsere Notenbank bei der Annahme der Initiative verlieren. Hinter dieser unehrlichen Argumentation verstecken sie ihre Absicht, durch die Beibehaltung der vollumfänglichen Ausschüttung der Gewinne an Bund und Kantone, weitere Steuersenkungen durchzusetzen. Damit würde die kleine Schicht der Wohlhabenden begünstigt, während bei einem Ja zur AHV-Initiative alle etwas haben:

Die Pensionierten erhalten weiterhin eine ungekürzte Rente, weder die Erwerbs-

tätigen noch die Arbeitgebenden müssen höhere AHV-Beiträge zahlen, das Rentenalter 67 ist vom Tisch, die AHV-Ansprüche der Jungen bleiben ungekürzt und die Familien werden entlastet, denn die Mehrwertsteuer wird bis auf weiteres nicht erhöht.

Das sind mehr als genug Gründe für ein deutliches JA zu sicheren Renten am 24. September!

Julia Gerber Rüegg,
Mitglied der Geschäftsleitung der SP Schweiz

**Abstimmungsempfehlung
für den 24. September 2006**

Eidgenössisch:

● Nationalbankgewinne für die AHV	Ja
● Ausländergesetz	Nein
● Asylgesetz	Nein

Wädenswil:

● Kredit Seewasserwerk Hirsacker	Ja
----------------------------------	----

Fortsetzung von Seite 3

rungsverfahren mit berücksichtigt werden sollen. Schliesslich soll sich auch eine Person mit geringer Schulbildung einbürgern lassen können.

Im letzten Jahr wurde nach dem Einbürgerungsgespräch etwa einem Fünftel der Gestuchstellenden empfohlen, ihr Gesuch zurückzuziehen, weil die Anforderungen (meist zu wenig Deutschkenntnisse) nicht erfüllt wurden. Die anderen KandidatInnen konnten dem Gemeinderat zur Einbürgerung empfohlen werden. Dem Erwerb des Roten Passes steht danach kaum noch etwas im Weg. Dauer des ganzen Verfahrens: ein bis zwei Jahre. Kosten für eine Familie: 2650 Franken plus mehrere hundert Franken für Papiere.

P.S. Junge in der Schweiz geborene AusländerInnen oder solche, die ihre Schulzeit hier verbracht haben, können sich vereinfacht einbürgern lassen.

Hanna Landolt, SP-Gemeinderätin,
Präsidentin Bürgerrechtskommission

Liebe Leserin, lieber Leser!
Als Abonnentin oder Abonnent erhalten Sie das so! mit der Post. Das so! wird zudem von rund 20 Personen 3-4 mal jährlich in 7500 Haushalte in Au und Wädenswil verteilt. Selbstverständlich tun dies alle Personen unentgeltlich – darüber sind wir sehr froh. Merci!
Der Druck und das Papier kosten jedoch Geld – und darauf sind wir dringend angewiesen. Wir legen deshalb einen Einzahlungsschein bei und danken herzlich für jede Abonnementszahlung (Abo Fr. 12.–, bzw. Unterstützungssabo Fr. 25.–) und/oder Spende.

Die Redaktion

Fortsetzung von Seite 1

Schluss, dass dieser eine ideale Ergänzung und ein «Sprungbrett» für das Familientandem sein könnte. Sie schlug der Schulleiterin Irene Reichelt vor, einen Seitenwechsel im Schulhaus Eidmatt durchzuführen. Sie war sofort Feuer und Flamme. So reichte die Elterngruppe bei der Eidgenössischen Ausländerkommission ein kombiniertes Projekt «Seitenwechsel/Familientandem» ein und bekam dafür einen namhaften Beitrag zugesprochen. Unterstützung gab es auch von der Schule und dem Elternrat.

Der Seitenwechsel wurde in den Eidmatt-Schulhäusern und einigen Kindergärten mit grossem Erfolg durchgeführt. Kinder und Eltern waren gleichsam begeistert. Mit Elternseminaren und weiteren Seitenwechseln soll nun auf die vermehrte Bildung von Familientandems hingearbeitet werden.

Hansjörg Schmid, Leiter Projektgruppe
Integration Fremdsprachiger